

Baesweiler in Not: Flüchtlinge, Spätaussiedler Heimkehrer

Klaus Peschke

Wer kennt sie noch, die kleine blaue Briefmarke mit der Aufschrift „Notopfer Berlin“? Die Einführung dieser Briefmarke als Zusatzsteuer war 1948 eine Reaktion auf die Berlin-Blockade durch die Sowjetunion und als wirtschaftliche Hilfe für Berlin gedacht. Auch für Baesweiler brachte dieses Jahr 1948 besondere Herausforderungen.



Heimkehrer

Die Akten im Stadtarchiv geben Zeugnis von den riesigen Aufgaben, vor denen die Gemeindeverwaltung schon vor 1948 stand. Die Ordner füllten sich mit Registrierscheinen und Anfragen von Flüchtlingen, die vom Hauptdurchgangslager Wipperfürth der Gemeinde vom Kreis zugeteilt wurden. Baesweiler hatte 12% des jeweiligen Kreiskontingents aus den Lagern zu übernehmen. Damit mussten in Baesweiler mehr Familien untergebracht werden als in Geilenkirchen. Aber es fehlte an Unterbringungsmöglichkeiten. Eine kurzfristige Lösung war die Einweisung der Familien in die Gaststätten und Hotels in Baesweiler. Übrigens: Das wiederholte sich 1992 mit der Aufnahme von Flüchtlingen während des Bosnienkrieges.

Bis 1948 hatten aus den Kriegsgefangenenlagern der Ostgebiete schon 257 ehemalige Soldaten zu ihren Familien nach Baesweiler heimkehren dürfen, wie der Amtsdirektor Gerstendörfer dem Kreisausschuss berichtete. Die Unterbringung der Heimkehrer in ihre Familien war allerdings nicht das Problem; es war die Menge der Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Von den 10.500 Einwohnern im Amt Baesweiler waren inzwischen 950 Flüchtlinge.

Wohnraumversorgungsordnung

„Es ist amtlich festgestellt, dass ihre Wohnung unterbelegt ist gemäß Wohnraumversorgungsordnung vom 15.12.1945“, so wurden viele Wohnungseigentümer benachrichtigt, nachdem ihr Haus besichtigt worden war. Es folgte dann die Beratung im Wohnungsausschuss der Gemeinde, wer von der Dringlichkeitsliste der Wohnungssuchenden sich beim Vermieter melden durfte. Dieser musste innerhalb einer Woche einen Mietvertrag abschließen. Geschah dies nicht, dann erfolgte die Zwangseinweisung eines Mieters. Bei Widerspruch des Vermieters trat die Schlichtungsstelle beim Kreis Geilenkirchen-Heinsberg in Aktion. Nicht immer so drastisch wie in dem folgenden Fall reagierten Vermieter auf unbeliebte Zwangsmieter. „Der M. hat ein Schloss am Klosett angebracht, so dass ich und meine Kinder die Notdurft auf dem Misthaufen verrichten muss.“ So war es in einer Beschwerde an die Gemeinde zu lesen. Der eingeschaltete Schiedsmann klärte und regelte die Streitigkeit.

Katastrophale Wohnverhältnisse

Welche Wohnverhältnisse in Baesweiler herrschten, davon zeugen die vielen Beschwerden und Klagen Betroffener. So klagten manche Hauseigentümer über die Einschränkungen durch die Flüchtlinge, wie in diesem Beispiel: „Drei Räume unseres Hauses sind zwangsvermietet an Flüchtlinge. Mit 6 Personen bewohnen wir selbst jetzt nur 2

Zimmer. Ich schlafe in der Werkstatt, mein Sohn auf einer behelfsmäßigen Liege in der Küche. Meine Schwägerin mit ihrem Kind und meinen beiden Töchtern im Schlafzimmer von 9 m².“

Fußboden mit Löchern

Aber auch für die Flüchtlinge war nicht alles gut. Amtsarzt Dr. Therstappen berichtete: „Die Flüchtlingsfamilie K. wohnt im Anbau auf dem Hof von Hotel Dautzenberg. Der Vater mit 7 Kinder in 2 Räumen, seine verheiratete Tochter mit Mann und Kleinkind in einem Raum, die Witwe S. bewohnt mit 5 Kindern und einem fremden Mann zwei Zimmer. Die Fußböden haben Löcher, durch die Ratten aus dem anliegenden Pferdestall eindringen.“ Es dauerte noch ein halbes Jahr bis zu einer Verbesserung der Wohnsituation.

Hilfe für schwangere Braut

Auch eine dringende Bitte von einem jungen Mann erreichte Amtsdirektor Gerstendörfer: „Ich will möglichst schnell heiraten. Meine Braut, die schwanger ist, wohnt in Bayern.“ Es klappte, obwohl Zuzüge eigentlich nicht erlaubt waren. Als Bergmann teilte sich der Heiratswillige bisher ein Zimmer mit zwei weiteren Kumpeln im Ledigenheim Kirchstraße. Die Zeche konnte dem Heiratskandidaten eine Werkswohnung zuweisen. Die Zeche konnte auch in einem anderen Fall helfen. Die evangelische Gemeindegeschwester Elisabeth Brockhaus wollte nach Baesweiler zuziehen. Amtsbürgermeister Gerstendörfer lehnte ab, „weil die Gemeinde zum Brennpunkt des Wohnungsbedarfs erklärt worden ist und Zuzug Auswärtiger nur unter dringenden Umständen erlaubt ist.“ Die Zeche half mit einem Zimmer im Ledigenheim aus. Schwester Brockhaus konnte dann doch als Hebamme im Wöchnerinnenheim in der Breite Straße 27 ihre Arbeit aufnehmen.

Bergleute bevorzugt

Um die Energieversorgung in Deutschland schneller wieder in Gang zu bringen, suchten die Briten in den Kriegsgefangenenlagern nach Bergleuten. Es sprach sich herum, dass diese Berufsgruppe aus den Lagern bevorzugt entlassen werden sollte. Sie wurden zur Bergbausammelstelle in Essen/Heisingen gebracht. Von dort aus wurden sie auf die Zechen im ganzen Ruhrgebiet verteilt. Nicht alle hatten allerdings Kenntnisse im Bergbau, aber sie wollten verständlicherweise schnell raus aus den Lagern. Auf diesem Weg kamen 600 Bergbaufamilien zur Zeche Carl-Alexander und mussten rasch untergebracht werden. Die Aachener Bergbausiedlungsgesellschaft verwaltete die Wohnungen in Baesweiler, doch viele Wohnungen waren schon von der Gemeinde als Notunterkunft beschlagnahmt. Wie dieses Problem gelöst wurde, geben die Unterlagen im Stadtarchiv nicht her. Aber das hat wohl zu den vorher beschriebenen katastrophalen Zuständen geführt.

Ex-Bürgermeister hilft

Ab 1950 war der frühere Amtsbürgermeister Hugo Kehr zurück in Baesweiler und wurde bei der Zeche als Leiter des Baubüros eingestellt. Er war zuständig für die Verteilung der betriebseigenen Wohnungen der Zeche Carl-Alexander. Durch seine frühere Tätigkeit in der Gemeinde kannte er die örtlichen Verhältnisse und konnte die Gemeindeverwaltung bei der Unterbringung der Wohnungssuchenden unterstützen.

Boom beim Wohnungsbau

Nach der Währungsreform 1948 und dem Ende des Mangels auch an Baustoffen beginnt eine rege Bautätigkeit in Baesweiler. Die „Gemeinnützige Baugenossenschaft Baesweiler“ erstellt 64 Räume für Flüchtlinge in der Ernststraße und Siegenkamp, und die „Rheinische Heimstätte GmbH“ errichtet 12 Räume für Flüchtlinge in der Erich-Klausener-Straße. Die „Aachener Bergmannsiedlungsgesellschaft mbH“ baut für Bergleute in der Kapellensiedlung 238 Wohneinheiten, davon 71 für Flüchtlinge. Das ist auch erforderlich, denn es kommen immer mehr Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) illegal über die innerdeutsche Grenze. Der Flüchtlingsstrom wird in den nächsten Jahren anhalten und die Wohnungsknappheit wird bestehen bleiben.

Zechenschließung und Abwanderung?

Als 1975 die Schließung der Zeche Carl Alexander bevorstand, vermutete man, dass viele Bergleute wegziehen und Wohnungsleerstände entstehen würden. Die Abwanderung trat aber nicht ein, auch nicht nach der Schließung der letzten Zeche 1997. Warum? Das wäre eine neue Geschichte.